

Diese Publikation wurde angeregt und gefördert von der  
STIFTUNG NIEDERSACHSEN

# Niedersächsische Geschichte

*herausgegeben von*  
*Bernd Ulrich Hucker*  
*Ernst Schubert*  
*Bernd Weisbrod*



WALLSTEIN VERLAG

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Niedersächsische Geschichte / hrsg. von Bernd Ulrich Huckler ... –  
Göttingen: Wallstein-Verl., 1997

ISBN 3-89244-223-1

© Wallstein Verlag 1997  
Vom Verlag gesetzt aus der Stempel Garamond  
Umschlag: Basta Werbeagentur, Tuna Çiner  
Druck: Hubert & Co, Göttingen

ISBN 3-89244-223-1

Für die Mitarbeit bei Lektorat und Korrekturen dankt der Verlag  
Kerstin Breielfeld, Kerstin Gonsior,  
und besonders Marina Burwitz und Dirk Palm.

## Inhalt

Vorwort ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	II
---------------------------------------------	----

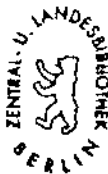
### Früh- und Hochmittelalter

Sachsen, Franken und die christliche Mission ( <i>Bernd Ulrich Hucker</i> ) . . . . .	17
Kirchliche und weltliche Kunst ( <i>Urs Boeck</i> ) . . . . .	40
Die »Sachsenkaiser« (Ottonen) ( <i>Bernd Ulrich Hucker</i> ) . . . . .	47
Frühformen der Städte ( <i>Bernd Ulrich Hucker</i> ) . . . . .	61
Kirchenreform, Königsburgen und der »neue Adel«, die Ministerialen ( <i>Bernd Ulrich Hucker</i> ) . . . . .	70
Hochadel, Kreuzzüge und Friesen ( <i>Bernd Ulrich Hucker</i> ) . . . . .	79
Von Lothar III. von Süpplingenburg bis zu Heinrich dem Löwen ( <i>Bernd Ulrich Hucker</i> ) . . . . .	93
Hochromanische Kunst ( <i>Urs Boeck</i> ) . . . . .	114
Die Städte und ihre Bürger an den Hebeln der Macht ( <i>Bernd Ulrich Hucker</i> ) . . . . .	123
Die Söhne Heinrichs des Löwen ( <i>Bernd Ulrich Hucker</i> ) . . . . .	135
Mönche revolutionieren die Ökonomie – unruhige Zeiten für die Kunst ( <i>Bernd Ulrich Hucker / Urs Boeck</i> ) . . . . .	146
Länder entstehen und Städte verbünden sich ( <i>Bernd Ulrich Hucker</i> ) . . . . .	155
Die Bürger und ihre Bauten ( <i>Urs Boeck</i> ) . . . . .	167

### Spätmittelalter und Frühe Neuzeit

Niedersachsen um 1400 ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	171
Stadt, Land und Burg . . . . .	171
Die Herrschaftswelt um 1400 im Spiegel des Krieges – der Unterschied zwischen sächsischem und friesischem Rechtsbereich . . . . .	179

M  
9552 / 33



Strukturen von langer Dauer: Landwirtschaft und Städtewesen im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit . . . . .	185
Die Landwirtschaft ( <i>Werner Rösener</i> ) . . . . .	185
Wandlungen der Agrarverfassung: Vom Fronhof zum Dorf, vom Hörigen zum Gemeinen Mann ( <i>Christof Römer/Ernst Schubert</i> ). . .	189
Die Stadt und ihre Bürger im vorindustriellen Niedersachsen ( <i>Christof Römer/Ernst Schubert</i> ) . . . . .	201
Die Wirtschaftsformen im vorindustriellen Niedersachsen ( <i>Karl Heinrich Kaufhold</i> ) . . . . .	211
Die jüdische Bevölkerung ( <i>Peter Aufgebauer</i> ) . . . . .	221
Staat und Krieg, Kirche und Schule: Wandlungen vom Spätmittelalter zur frühen Neuzeit . . . . .	235
Kontinuitäten und Wandel fürstlicher Herrschaftsformen ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	235
Fehden, Söldner, Kriegsführung im späten Mittelalter ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	251
Vom Landsknecht zum Soldaten: Krieg und Militär 1500-1800 ( <i>Ralf Pröve</i> ) . . . . .	255
Kirche und Volksfrömmigkeit im späten Mittelalter ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	268
Die Reformation und ihre Folgen ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	274
Die Schulen zwischen Kirche und Welt ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	280
Stätten der Bildung, Stätten der Gelehrsamkeit in Niedersachsen zwischen Späthumanismus und Aufklärung ( <i>Ernst Schubert</i> ). . . .	282
Niedersachsen um 1700 ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	288
Die verschiedenen Erscheinungen von Armut. . . . .	288
Höfischer Lebensstil und das dahinter verborgene Elend . . . . .	291
Die Dynastien und ihr europäischer Horizont in der niedersächsischen Geschichte . . . . .	297
Ländliche Lebensformen um 1700 . . . . .	304
Wirtschaftsformen um 1700 aus biographischer Perspektive ( <i>Karl Heinrich Kaufhold</i> ) . . . . .	327

## Niedersachsen vom Ende des Alten Reichs bis zum Ersten Weltkrieg

Von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft: Die Übergangsepoche von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Vormärz ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	333
Land und Leute . . . . .	337
Der Zustand des Landes um 1820 ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	337
»Notwehr«: Der Kampf um eine verbesserte Landwirtschaft ( <i>Ernst Schubert</i> ). . . . .	349
Viehhaltung um 1800 im Zeichen der Aufklärung ( <i>Monika Jenssen</i> ). . .	352
Der Bevölkerungsdruck und seine Folgen: Die Not der Kleinbauern, der Fehntjer und der Moorker ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	363
Die verschiedenen Formen und Wirkungen der Industrialisierung: Harz, Deister und Solling ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	368
Die Veränderung eines Königreichs ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	374
Wirtschaftliche Wandlungsprozesse und die wachsende Präsenz des Staates. . . . .	374
Die Voraussetzung der Modernisierung des Landes: Die »Bauernbefreiung«, die Ablösungsgesetzgebung. . . . .	381
Chausseen, Eisenbahnen und Telegraphen – die Modernisierung des Landes durch den Staat . . . . .	386
Der Industrialisierungsprozeß aus biographischer Perspektive: Johann und Georg Egestorff . . . . .	397
»Bürgertum«: Spiegelungen einer neuen gesellschaftlichen Formierung . . . . .	404
Die Bäder . . . . .	406
Das Vereinswesen . . . . .	409
Verfassung und Verfassungskämpfe im frühen 19. Jahrhundert ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	419
Der Hintergrund verfassungsgeschichtlicher Wandlungen im frühen 19. Jahrhundert: Vom »Publikum« zum »Volk« . . . . .	419
Der Vordergrund: Die neue Staatlichkeit in Niedersachsen. . . . .	432
Die Reaktion ohne Publikum, ihre begrenzten Ziele und ihr Scheitern 1831 . . . . .	438
Der Weg zum Staatsgrundgesetz . . . . .	447
König Ernst August und sein Streich gegen den Staat . . . . .	451

Die Göttinger Sieben und die Wirkung ihres Protestes . . . . .	455
Eine Revolution auf Hannoversch . . . . .	460
Hannovers Weg in die Reaktion . . . . .	466
Der Untergang des Königreichs Hannover 1866 . . . . .	468
Niedersachsen um 1900 ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	480

## Niedersachsen im 20. Jahrhundert

Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen: Eine Einführung ( <i>Bernd Weisbrod</i> ) . . . . .	497
Novemberrevolution in Bremen ( <i>Inge Marßolek</i> ) . . . . .	511
Die Revolution im Reich . . . . .	512
Die Geschichte der Revolution in Bremen . . . . .	514
Bremer Besonderheiten . . . . .	518
Bremen und der Blick auf das heutige Niedersachsen . . . . .	522
Die Revolution in der Geschichte Bremens . . . . .	526
Modernisierung in den zwanziger Jahren: Ein Streifzug durch den städtischen und ländlichen Raum Hannovers ( <i>Adelheid von Saldern</i> ) . . . . .	528
Die Stadt . . . . .	529
Das Dorf . . . . .	541
»Machtergreifung« im Freistaat Braunschweig ( <i>Klaus Erich Pollmann / Hans-Ulrich Ludewig</i> ) . . . . .	548
Mitglieder- und Wählerprofil der NSDAP . . . . .	549
Herkunft der NSDAP-Wähler . . . . .	553
Die bürgerlich-braune Koalitionsregierung 1930-1933 . . . . .	557
Der »Stahlhelmputsch« . . . . .	563
Formen des Machtergreifungsprozesses außerhalb des Landes Braunschweig . . . . .	565
Nationalsozialismus auf dem Lande ( <i>Beatrix Herlemann</i> ) . . . . .	566
Die Ausgangssituation gegen Ende der Weimarer Republik . . . . .	566
Gleichschaltung im Zeichen der Kontinuität . . . . .	568
Graduelle Akzeptanz der NS-Agrarpolitik . . . . .	570
Bäuerlicher Pragmatismus und »Blut- und Boden«-Mythos . . . . .	572
Die Probleme der Kriegsjahre . . . . .	578

Arbeiterschaft zwischen Wirtschaftskrise, »Volksgemeinschaft« und Krieg ( <i>Herbert Obenaus</i> ) . . . . .	582
Landes- und Demokratiegründung nach 1945 ( <i>Dieter Brosius</i> ) . . . . .	602
Flüchtlinge in Niedersachsen ( <i>Doris von der Brélie-Lewien / Helga Grebing</i> ) . . . . .	619
Hintergründe und Wurzeln von Flucht und Vertreibung in der NS-Politik . . . . .	619
Flüchtlinge in Niedersachsen: Zahlen und Kategorien . . . . .	620
Vorläufiges Fazit: Schwieriger Anpassungsprozeß und nachhaltige Widerstände . . . . .	627
Erfolgsbilanz: »Integration«? . . . . .	629
Der Beitrag der Flüchtlinge zur »Modernisierung« von Wirtschaft und Gesellschaft. . . . .	631
Abwanderungen und biographische Brüche . . . . .	633
Die »verzögerte Normalisierung«: Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit ( <i>Günter J. Trittel</i> ) . . . . .	635
Politische Hypothesen und sozioökonomische Entwicklung . . . . .	636
Vom milieubestimmten Vielparteien- zum bipolaren Volksparteiensystem. . . . .	639
Die Erosion des Milieus und das Ende der »niedersächsischen Sonderentwicklung« (1955-1961) . . . . .	646
Landestradi-tion und moderne Lebenswelt: Niedersachsen seit den sechziger Jahren – eine Skizze ( <i>Axel Schildt</i> ) . . . . .	651
Ausgangspunkt: Randlage und Rückstand gegenüber dem Bund . . . . .	651
Der Modernisierungskonsens der sechziger Jahre. . . . .	652
Reformeurphorie an der Schwelle der siebziger Jahre. . . . .	656
Die »Ära Albrecht« . . . . .	659
Faktoren für den Umschwung . . . . .	661
Statt eines Nachworts: Geschichte und Gegenwart ( <i>Ernst Schubert</i> ) . . . . .	665

## Novemberrevolution in Bremen

*Inge Marbolek*

»Eine Revolution zu ›machen‹ ist großer Unfug. Ist sie da, dann gilt es, ihr die verheerende Wirkungskraft zu nehmen und sie in eine neue Ordnung, die in diesem Falle nur die Demokratie sein konnte, zu lenken.«

Diese Sätze schrieb Wilhelm Kaisen, der legendäre Bürgermeister Bremens, fast fünfzig Jahre nach der Novemberrevolution in seiner Autobiographie. Kaisen hatte die Novembertage als Soldat in Nordfrankreich erlebt – er wurde Vorsitzender des Zentralsoldatenrats des Regiments und organisierte dessen Rückzug, bzw. die Demobilmachung. In einem Brief an seine Frau Helene in Bremen schildert er diese Wochen relativ nüchtern und sachlich: Kaisen ist durchaus stolz auf die eigene Organisationsleistung, er ist froh über das Ende des Krieges und äußerst gespannt auf die Lage zu Hause, in Hamburg und Bremen. In seinen Erinnerungen, 1965/66 geschrieben, liest es sich dann anders:

»Was ich damals an Sinnlosigkeiten sah und erlebte, hatte ich nicht erwartet. Wenn es überall so wie hier zuging, dann bahnte sich nach meinem Gefühl für ganz Deutschland eine Katastrophe an, an deren Ende das Nichts oder eine große Wandlung stehen würde. Ich tröstete mich schließlich mit dem Gedanken, daß die Geschichte wirklich ihren Sinn verloren hätte, wenn das Chaos, das ich erlebte, ihr letzter Sinn sein sollte.« Was also, so ist zu fragen, hatte sein Bild von der Revolution so nachhaltig ins Negative verändert? Daheim, in Hamburg und Bremen, war Kaisen Augenzeuge der zweiten Phase der Revolution und vor allem: der Räterepublik in Bremen gewesen.

Es ist zu vermuten, daß diese Erlebnisse sein Bild von der Revolution dauerhaft prägten. Aus seiner Sicht hatte die Revolution »Schreihälse und Wirrköpfe« nach oben geschwemmt: Revolution, das war die Unordnung, die Anarchie, die so schnell wie möglich zur Ordnung zurückgeführt werden mußte – auch um den Preis des Einsatzes der Reichswehr. Das Apodiktische seines Urteils zeugt aber auch davon, wie tief die Revolution sich in das Gedächtnis der Zeitgenossen und Zeitgenossinnen eingekerbt hatte. Nicht nur für den Gefreiten Adolf Hitler war das Erleben der Revolution von 1918/19 eine traumatische Erfahrung, die sein politisches Handeln bestimmen sollte: Die Dolchstoßlegende, von Hindenburg noch vor Ausbruch der Revolution in die Welt gesetzt, fand bei vielen Deutschen Resonanz, vor allem bei denjenigen, die die militärische Niederlage nicht wahrhaben wollten. Für die Arbeiterbewegung aber ging die Revolution einher mit der Spaltung in das kommunistische, an der russischen Revolution orientierte, und in das sozialdemokratische Lager.

Deutlich wurde, daß die Differenzen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten grundsätzlicher Natur waren, auch, was das Verständnis von Gewalt betraf. Die blutigen Auseinandersetzungen und Kämpfe im Winter und Frühjahr 1919 hatten tiefe Gräben aufgerissen, die unüberwindlich schienen und es auch blieben.

Identifizieren vermochte sich am Ende kein politisches Lager mit der Revolution, schon gar nicht die SPD, was sich letztlich als eine schwere Hypothek für die Demokratie von Weimar erweisen sollte, oder, um es mit Reinhard Rürup zu sagen: »Die demokratische Republik gründete ihr Selbstverständnis nicht auf die Revolution, sondern allenfalls auf deren Überwindung.«

Bereits sehr früh setzte ein Prozeß ein, in dem Abläufe der Ereignisse, Aktivitäten und Programmatik der Arbeiter- und Soldatenräte nur noch verformt erinnert wurden. Dabei deutete man sie in apologetischer Absicht oder nach Gründen der politischen Opportunität um. Insbesondere aber hatte der Radikalisierungsprozeß, den die Revolution in ihrer zweiten Phase in den Wintermonaten 1919 durchlief, sich im kollektiven Gedächtnis eingekerbt, so daß die erste, ruhigere Phase, in der Erinnerung, wie bei Kaisen, überdeckt wurde. Verdrängt wurden dabei die Ursachen für diesen Radikalisierungsprozeß ebenso wie die Euphorie und Aufbruchstimmung der Novembertage, die nicht nur das radikale Lager erfaßt hatten.

Den Blick auf die Revolution in Bremen zu fokussieren, heißt, eben jene Besonderheit der revolutionären Entwicklung im Deutschen Reich darzustellen, die das spätere Bild der Revolution so nachhaltig prägen sollte. Daher sollen zuerst die Abläufe und Ereignisse selber skizziert werden. In einem zweiten Schritt werden die ökonomischen und politischen Ursachen für den Radikalisierungsprozeß dargestellt. Abschließend soll die Revolution in anderen Städten des heutigen Niedersachsens, insbesondere in Braunschweig, wo ebenfalls eine Radikalisierung erfolgte, die im April 1919 in einen Generalstreik mündete, kurz skizziert werden, um dadurch die Besonderheit der bremischen Revolutionsgeschichte noch schärfer herauszuarbeiten.

### Die Revolution im Reich

Am 9. November verkündete der Arbeiter- und Soldatenrat Bremens in seiner ersten Proklamation:

»Was hat sich ereignet? Nichts Geringeres als eine Revolution. Ihr Produkt sind die Arbeiter- und Soldatenräte.

Über die Aufgabe der Räte kann kein Zweifel sein: Ausbreitung, Sicherung und Vertiefung der Revolution. Die ganze Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte ... Die Stunde der Befreiung hat geschlagen! Jetzt nutzt sie! Ein Zurück gibt es nicht! Vorwärts also!«

Derartige Proklamationen, auch in ihrem Pathos, waren typisch für den

»Novembergeist«. Selbst der liberale Publizist Theodor Wolff schrieb im »Berliner Tageblatt« (10. November 1918): »Die größte aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazu gehörte, gestürzt. Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist.«

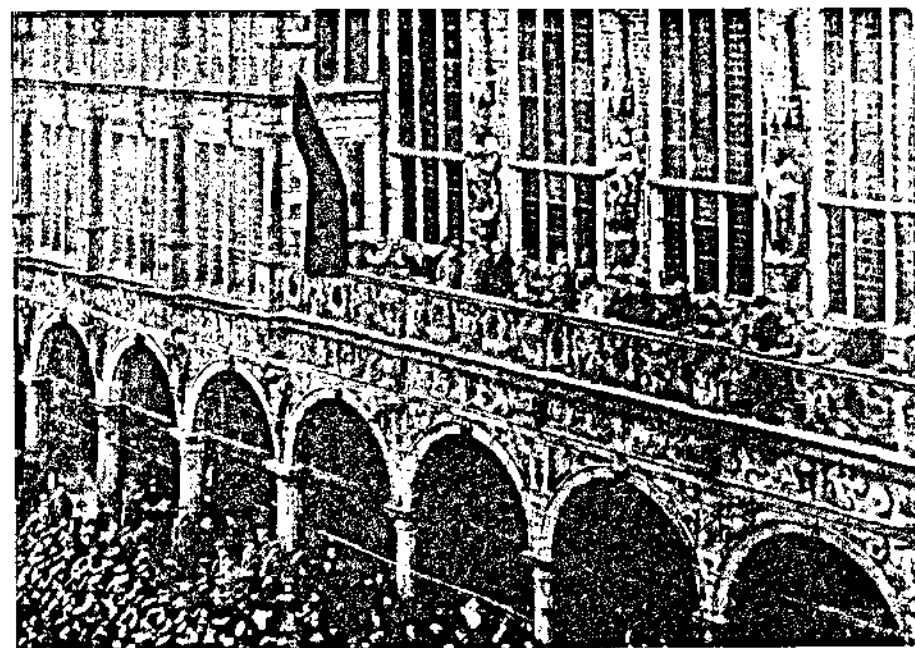
Die Massenbewegung, die im November und Dezember 1918 das Deutsche Reich erschütterte, war eine spontane Aufstandsbewegung. Bei der Bildung der Arbeiterräte stand zwar die Revolution in Rußland Pate, im wesentlichen jedoch waren weder ihre Konstituierung noch ihre Aktivitäten Ausfluß eines klar umrissenen Programms. Die Mehrheit ihrer Repräsentanten wollte eine parlamentarische Republik und Frieden, Reformen im Sinne einer umfassenden Demokratisierung mit starken sozialen Komponenten. Lokale Unterschiede waren nicht zuletzt durch das Verhältnis der Gruppierungen der Arbeiterparteien zueinander, durch das Verhalten des Bürgertums, durch die Rolle von Personen und durch Zufälligkeiten bestimmt. Auf Reichsebene hatte der »Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands« (Reichsrätekongreß) bereits am 18. Dezember 1918 die Einberufung der Nationalversammlung beschlossen und den Wahltermin auf den 19. Januar 1919 festgelegt. Damit hatte sich die Linie der Mehrheitssozialdemokraten durchgesetzt, die auf eine baldige Errichtung einer parlamentarischen Demokratie drangen, ohne vorherige Absicherung von basisdemokratischen und sozialistischen Elementen. Am Jahresende waren die Unabhängigen aus dem Rat der Volksbeauftragten ausgeschieden, und der Januar-Aufstand Berliner Arbeiter, der von den Organen der MSPD und des bürgerlichen Spektrums aus Gründen der politischen Opportunität als »Spartakus-Aufstand« bezeichnet wurde und bis heute diesen Namen behalten hat, wurde auf Befehl des für militärische Fragen zuständigen Volksbeauftragten Gustav Noske (MSPD) durch die neugebildeten Freikorps, die ein Auffangbecken für reaktionäre Offiziere und Soldaten waren, niedergeschlagen.

Damit waren die Kräfteverhältnisse im Reich zunächst eindeutig geklärt: Tatsächlich verloren bereits Ende des Jahres 1918 vor allem in ländlichen Gebieten und in Kleinstädten die Räte an Einfluß gegenüber den alten Herrschaftseliten in Politik und Verwaltung. Dies traf aber auch für viele Räte in den größeren Städten zu, in denen die MSPD die Mehrheit innehatte. Zugleich aber fanden nunmehr kommunistische, linkssozialistische Agitatoren und nicht selten schlicht radikale Abenteurer ein lebhaftes Echo: Die Radikalisierung der Massenbewegung war vor allem auch Ausdruck von Protest und Enttäuschung über den Verlauf der Revolution. Angesichts der Machtverhältnisse waren sowohl die Experimente der Räterepublik wie die Sozialisierungsbewegung, die im Frühjahr die Ruhrregion erfaßte, zum Scheitern verurteilt, wenn auch letztere die Regierung zu formalen Zugeständnissen wie die Einführung eines wirtschaftlichen Räte systems zwang.

Die Geschichte der Revolution in Bremen, von der Konstituierung des Arbeiter- und Soldatenrats bis zur Gründung der Räterepublik und deren Niederschlagung, hat gerade einmal drei Monate gedauert. Trotzdem – und dies ist ein Kennzeichen von Umbruchzeiten – war sie turbulent und ist nicht in wenigen Sätzen zu erzählen. Im wesentlichen sind zwei Phasen zu unterscheiden: Nach dem Ausbruch der Revolution kam es nach wenigen Tagen zu einer besonderen Variante von Doppelherrschaft in Bremen: Der Arbeiterrat setzte zwar den Senat ab und beanspruchte die Alleinherrschaft, jedoch in enger Kooperation mit Verwaltung und Senatsmitgliedern. Die zweite Phase, in der die Sonderrolle Bremens deutlich wird, ging von der Ausrufung der Räterepublik am 10. Januar, d. h. eine kurze Phase der völligen Alleinherrschaft des Arbeiterrates, bis zu deren blutigen Niederlage am 4. Februar 1919.

#### Die Geschichte der Revolution in Bremen

Am 4. November 1918 hatten sich die Matrosen in Kiel geweigert, dem Befehl der Admiralität zu folgen, ein letztes Mal gegen England auszulaufen. Wie ein Zündfeuer verbreitete sich die Nachricht im Heer, und die meuternden Matrosen und Soldaten, die sich ihnen spontan angeschlossen hatten, zogen durch die Städte Norddeutschlands. Am Morgen des 6. November erreichten sie Bremen. Spontan entstand ein Soldatenrat, der zunächst die Gewalt in der Stadt übernahm. Noch am Abend bildete sich unter Führung eines Mitglieds der USPD, die sich während des Krieges ebenso wie die Linken von der SPD abgespalten hatte, die Zelle eines Arbeiterrates, der sich durch Wahlen in den Betrieben am 7. November 1918 erweiterte. In ihm dominierten die Linksradi-kalen und Unabhängigen, die MSPD schloß sich ihnen aber an. Am 14. November beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat die Absetzung von Senat und Bürgerschaft. Nach der Sitzung forderte Alfred Henke, einer der führenden Köpfe der Unabhängigen, den Arbeiter- und Soldatenrat auf, vom Rathaus Besitz zu ergreifen. Am nächsten Tag wurde unter den Hochrufen der Menge vom Balkon des Rathauses die Fahne gehißt, und Henke schloß seine Ansprache mit einem Hoch auf den Sozialismus und die proletarische Internationale. Aber auch in dieser Phase sicherte sich der AuSR in Verhandlungen mit den Senatoren ihre Mitarbeit und die der alten Verwaltung. Ein von Senatoren und Führern der drei sozialistischen Parteien paritätisch gebildeter Zwölfer-Ausschuß nahm die koordinierende Funktion einer Landeszentralbehörde wahr. Eingesetzte Unterausschüsse bemühten sich, konkrete Verbesserungen für die Bevölkerung zu erreichen. Allerdings bewegten sich die Beschlüsse im Rahmen der dringendsten Notwendigkeiten. Im wesentlich wurden nur solche Rechte nachträglich bestätigt, die sich die Arbeiter auf Arbeiterversammlungen, wie zum Beispiel auf der AG Weser, der größten Werft Bremens, bereits selber genommen hatten. Darüber hinaus regelte der Rat die Entlassung der



*Die rote Fahne am Rathaus von Bremen (15. November 1918).  
Vom Balkon herab sprach die Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrates.*

rückkehrenden Soldaten und beschloß die Einführung des Achtsturentags bei vollem Lohnausgleich und der staatlichen Arbeitslosenvermittlung, beides symbolisch hoch aufgeladene Forderungen der Arbeiterbewegung.

Inzwischen war der Differenzierungsprozeß zwischen Mehrheitssozialdemokraten und den radikaleren Parteien einerseits wie zwischen Unabhängigen und Kommunisten andererseits weiter fortgeschritten. Mit der Rückkehr von Johann Knief nach Bremen am 18. November wurde dieser Prozeß forciert. Knief zählte zu den Begründern der Bremer Linksradi-kalen, deren Zeitung »Arbeiterpolitik« bereits im Krieg für eine Revolution nach bolschewistischem Muster agitiert hatte. Knief drang auf die Bewaffnung der industriellen Arbeiterschaft, die Entwaffnung von Bürgerlichen und MSPlern, die Entfernung aller nicht rein proletarischen Elemente aus den Revolutionsorganen, womit die Mehrheitssozialdemokraten gemeint waren und die Rückgabe der »Bremer Bürgerzeitung an die Organisation der Linksradi-kalen, die allein die Klasseninteressen des Proletariats vertrete« (Volksversammlung, Café Flora, 18. und 22. November 1918).

Es sollte nur einen Monat dauern, bis am 21. Dezember radikale Arbeiter mit Unterstützung des Soldatenrats, der in Bremen eine äußerst schwankende Poli-



tik betrieb, der MSPD die »Bremer Bürgerzeitung« mit Gewalt entrissen. Die bisherige Zusammenarbeit von MSPD und den linken Strömungen war zerbrochen.

Zum Jahresende verstärkte sich die Frontstellung zu den Sozialdemokraten weiter. Als das Infanterie-Regiment 75 nach Bremen zurückkehren sollte, bewaffnete der AuSR die Mitglieder der Bremer Linksradiكالen und Kommunisten wie die Unabhängigen. Das Regiment hatte vor seinem Einmarsch nach Bremen Forderungen nach Wiedereinsetzung des Senats aufgestellt. Sein Kommandant war Oberst Caspari, ein in Bremen bekannter Erzkonservativer, der später eine bedeutende Rolle bei der Niederschlagung der Räterepublik und bei der Gleichschaltung Bremens – für seine »Verdienste« 1919 wurde er zum Polizeipräsidenten ernannt – spielen sollte. Als wenige Wochen später der Arbeiterrat auf Drängen der MSPD neugewählt wurde, und die MSPD fast die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte, wurde sie erneut aus dem Gremium herausgedrängt: Unabhängige und Linksradiكالen warfen ihr Manipulation vor, da die Partei massenhaft neue Mitglieder aufgenommen habe – wählen konnte nur, wer Mitglied einer der drei Parteien war.

Die Diskussion um das Wahlrecht zum Arbeiterrat am 6. Januar hatte noch etwas anderes deutlich gemacht: Frauen waren als gleichberechtigte Genossinnen in den Köpfen der Männer nicht präsent. Nach mehrtägigen Debatten hatte man sich nämlich auf die Formulierung geeinigt: »Der Arbeiterrat ist die durch den Krieg geschaffene Vertretung derjenigen Volkskreise, welche die sozialistische Republik anstreben. Er setzt sich zusammen aus den gewählten Vertretern der gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Arbeiterinnen.« Damit war unklar, ob die Ehefrauen, die nicht erwerbstätig waren, stimmberechtigt waren. Dies wurde allerdings schnell berichtigt: auch die Hausfrauen durften wählen. Es gab noch mehr Beispiele dafür, wie schwer sich die Revolutionäre in Bremen mit der Gleichberechtigung der Frauen taten. Bereits am 19. November hatte Alfred Henke auf einer Sitzung des Arbeiterrates ausgeführt, daß er seine Meinung über die Einführung des Frauenstimmrechts geändert habe, da das Wahlrecht für Frauen zuungunsten der Revolution ausschlagen könnte. Wenige Tage später begründete er die Notwendigkeit einer Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte mit der politischen Unmündigkeit der Frauen und der Jugend. Diese Äußerungen Henkes riefen einen Sturm der Entrüstung bei den Genossinnen und den bürgerlichen Frauenvereinigungen hervor. Erstere erinnerten Henke an die Wahlrechtsforderungen im Erfurter Parteiprogramm, letztere verwahrten sich dagegen, »zum Spielball männlicher Interessen« herabgewürdigt zu werden. Zudem war der Arbeiterrat mit seinen rund 215 Mitgliedern auch in Bremen ein »Männer«rat: Bekannt sind nur drei weibliche Mitglieder, alle drei auf Seiten der Linksradiكالen, nämlich Gesine Becker, später Bürgerschaftsabgeordnete für die KPD, Minna Otto, die auch im Vollzugsrat einen Platz einnahm, und Käte Ahrens.

Als die Sozialdemokratin Anna Stiegler (ebenfalls spätere Bürgerschaftsabgeordnete) die Aufnahme von Frauen in den Aktionsausschuß (die »Exekutive« des Rates) forderte, scheint dies ohne Konsequenzen geblieben zu sein. Männliche Privilegien blieben im radikalen Arbeiterrat unangetastet. Die weiblichen Mitglieder des Arbeiterrates wurden schlechter bezahlt als die männlichen: Die Frauen erhielten 250 Mark, die männlichen 370, ein Vorschlag zum Einheitslohn wurde abgelehnt. Eine Debatte mit ähnlicher Zielsetzung führten die Räte über die staatliche Erwerbslosenfürsorge: Hier griffen Käte Ahrens und Minna Otto energisch in die Diskussion ein und konnten verhindern, daß geschlechtsspezifische Sätze gezahlt wurden.

Auf den Einsatz von Freikorps gegen Spartakisten und Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen Anfang Januar antworteten die Kommunisten in Bremen mit einer Massendemonstration am 10. Januar 1919. Auf dieser wurde ein Vorschlag der KPD bejubelt, den Senat wie die reaktionären Verwaltungsorgane endgültig zu beseitigen und die Voraussetzung für eine sozialistische Politik zu schaffen: Die Bremer Räterepublik wurde ausgerufen.

Von Anfang an stand die Räterepublik unter dreifachem Druck:

- Linkskommunistische oder putschistische Aktivisten versuchten durch eigenmächtige Aktionen, die Revolution weiterzutreiben, indem sie gegen den Soldatenrat vorgingen. (Putsch der Garnison vom 14. Januar und Jörn-Putsch vom 21. Januar.)
- Die Reichsregierung konnte eine Räterepublik langfristig nicht dulden.
- Das Bürgertum, allen voran die Unternehmer, nutzten ihre Macht; die Banken sperrten der Bremer Räterepublik schließlich das Geld.

Die Bremer Mehrheitssozialdemokraten wurden, so sie nicht schon früher gegen den Arbeiter- und Soldatenrat agiert hatten, spätestens nach den Wahlen Anfang Januar in das Lager derjenigen gedrängt, die auf eine militärische Beendigung des Experiments setzten. Im Verdener Hauptquartier der Division Gerstenberg, die durch das Freikorps Caspari verstärkt wurde, dem sich viele Bürgerliche aus Bremen als Freiwillige angeschlossen hatten, befanden sich auch führende Sozialdemokraten, die später Mitglieder der provisorischen Regierung in Bremen wurden. Für viele Bremer Arbeiter und Arbeiterinnen, vor allem für diejenigen im linksradiكالen Lager, hatte die spätere These vom »Verrat« der Revolution durch die MSPD ihren durch eigene Erfahrung gewonnenen Kern.

Am 4. Februar rückten die Truppen ein, vorherige Verhandlungsangebote des Arbeiterrates waren ebenso torpediert worden wie Vermittlungsangebote des gemäßigten Arbeiterrates aus Oldenburg. Über 70 Personen starben an diesem Tag. Eine aus fünf Mehrheitssozialdemokraten gebildete provisorische Regierung übernahm die Macht in Bremen. Sie verhängte den Belagerungszustand und mußte sich weiterhin auf die Reichswehr und die von ihr ins Leben

gerufene Regierungsschutztruppe stützen. In einem in Verden, also vor dem Einrücken der Truppen nach Bremen, gedruckten Aufruf bezeichnete sie die Räteregierung als »Gewaltherrschaft einer kleinen Minderheit«.

### Bremer Besonderheiten

Die Frage nach den Besonderheiten zu stellen heißt immer auch, eine »allgemeine« Entwicklung zu beschreiben. Nicht nur, weil sich das Allgemeine im Besonderen spiegelt, sondern auch, weil gerade in Zeiten von Umbrüchen und Wirren, dort, wo eine Entwicklungsprozeß besonders radikal verläuft, gesellschaftliche und politische Strukturen deutlicher als anderswo werden.

Sicher, die Proklamation der Räterepublik ist eine Sonderentwicklung, ebenso wie ihre blutige Niederschlagung – Vergleichbares ereignete sich nur in München – doch der Radikalisierungsprozeß der Arbeiter vollzog sich auch in Städten mit mehrheitssozialdemokratischen Räten, wie im Ruhrgebiet, wo die Enttäuschung der Bergarbeiter über das Taktieren der Gewerkschaften und der SPD, die faktisch zu einer Rücknahme bzw. Nicht-Realisierung von »Errungenschaften der Revolution« führte, eine Radikalisierung auch der sozialdemokratischen und gemäßigeren Arbeiter und Arbeiterinnen zur Folge hatte. Hier jedoch folgte auf die politische Rätebewegung die wirtschaftliche. Aber auch die Sozialisierungsbewegung im Ruhrgebiet mündete in blutige Auseinandersetzungen zwischen Reichswehr und Freikorps auf der einen und bewaffneten Arbeitern auf der anderen Seite und erhielt durch die scharfe Reaktion des Staates immense politische Dimensionen. Nicht der Radikalisierungsprozeß ist also der Unterschied, sondern die zeitliche Verschiebung.

Die Ursachen für die höchst unterschiedlichen regionalen wie lokalen Ausprägungen der Rätebewegung und des Radikalisierungsprozesses im Frühjahr 1919 sind aus den jeweiligen spezifischen Besonderheiten der Vorkriegs- und Kriegssituation zu erklären. Zu betonen ist für Bremen vor allem die Selbständigkeit als Hansestadt, die eine politische wie ökonomische Sonderentwicklung ermöglichte.

Die Industrialisierung Bremens setzte erst nach 1888 ein, Voraussetzungen waren der Zollanschluß an das deutsche Reich und die Unterweserkorrektion. Zugleich führte der nunmehr rasant einsetzende Industrialisierungsprozeß mit seiner spezifischen Konzentration auf die Werften zu einer besonderen Konstellation von Bürgertum und Arbeiterschaft: Auf der einen Seite ermöglichte die enge Verbindung von Handels- und Industriekapital den alten Kaufmannsfamilien ihre Hegemonie in der Handelsstadt. So blieb bis zur Novemberrevolution in Bremen ein Acht-Klassenwahlrecht erhalten, das eine Kombination von berufsständischen Prinzipien und dem modernen allgemeinen Wahlrecht darstellte. Eigentlicher Souverän aber war der Senat, dessen Mitglieder auf Lebenszeit gewählt waren und der sich selber ergänzte, so daß die Sozialdemo-

kratie von einer »Aristokratie der Pfeffersäcke« sprach. Zugleich aber gründete der Mythos des liberalen und auf Gemeinsinn begründeten Geistes in der Hansestadt auch auf realen Erfahrungen, die einerseits durch die Überschaubarkeit der Hansestadt befördert wurden, andererseits waren die hochqualifizierten Facharbeiter auf den Helgen nicht einfach ersetzbar, so daß eine komplizierte Gemengelage von Facharbeiterstolz, Verbundenheit mit der Werft und den Schiffen auf der Seite der Arbeiter zusammentraf mit einem eher patriarchalischen »hansestädtischen« Unternehmertum. Dezentrale Arbeitsabläufe auf der Werft ermöglichten darüberhinaus die Herausbildung eigener Kommunikationsstrukturen bis hin zu einem illegalen Vertrauensmännersystem während des Krieges.

Neben politischen und ökonomischen Sonderentwicklungen ist für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen vor allem auf die Bedeutung von Persönlichkeiten hinzuweisen.

Obwohl oder auch weil die Sozialdemokratie erst um die Jahrhundertwende zu einer starken Kraft in der Hansestadt werden konnte, wirkten hier bedeutende Funktionäre des rechten wie des linken Flügels. Während Friedrich Ebert im Sinne der Führungsspitze der Sozialdemokratie in Bremen Politik machte, trugen Wilhelm Pieck, Karl Radek und Anton Pannekoek entscheidend dazu bei, daß Bremen bereits vor dem Krieg zu einem Zentrum des linken, radikalen Flügels wurde. In Bremen fanden sie in Alfred Henke und Johann Knief kongeniale Partner. Bereits vor dem Krieg, etwa in der Massenstreikdebatte, aber vor allem durch die Differenzierungsprozesse zwischen Kriegsgegnern und -befürwortern gelang es den Linken, das Parteiblatt, die Bremer Bürgerzeitung, zum Sprachrohr ihrer Ideen zu machen. Die Minderheit, die »Rechten«, gründeten 1916 schließlich ihr eigenes Parteiblatt, und Johann Knief begründete mit der »Arbeiterpolitik« das theoretische Organ der Linksradiكالen. Man kann also sagen, daß in Bremen die Linken bereits im Krieg eine »Gegenöffentlichkeit« entwickeln konnten, und daß der spätere Differenzierungsprozeß zwischen Unabhängigen und MSPD, wie auch innerhalb der Linken zwischen Unabhängigen und Kommunisten im Reich hier vorweggenommen wurde. Allerdings nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den Strömungen mit Beginn des Krieges an Schärfe zu, zumal auch die Exponenten der beiden linken Strömungen, Henke und vor allem Knief, unzugängliche und aufbrausende Persönlichkeiten waren. Es scheint, daß einfache Parteimitglieder, vielleicht in besonderem Maße Frauen – in Bremen waren immerhin 17,5 % der Mitgliedschaft Frauen – eher mit Resignation und Ablehnung hierauf reagierten: der »Parteienstreit« artete oft in persönliche Angriffe aus und tangierte die Alltagserfahrungen nur am Rande.

Der Krieg beförderte zugleich auf seiten des rechten Parteiflügels die Hoffnung auf gleichberechtigte Einbindung statt Ausgrenzung, und dies obgleich die bürgerlichen Parteien auf ihrer Weigerung, das Wahlrecht im Sinne der SPD zu verändern, beharrten. Männer wie Hermann Rhein und Adolf Deichmann

fühlten sich als deutsche Patrioten und Sozialdemokraten und suchten umso mehr die Integration in die politischen Geschicke der Hansestadt, als die Angriffe von links heftiger wurden. Es nimmt nicht wunder, daß viele der Auseinandersetzungen im Winter 1918/19 emotional aufgeladen waren und in symbolischen Handlungen ihren Niederschlag fanden, wie etwa das Hissen der roten Fahne vor dem Rathaus, aber auch der Streit um die Parteizeitung. Rationale Lösungsvorschläge, wie die Zeitung zum Sprachrohr aller Richtungen zu machen, wurden nicht einmal diskutiert.

Die eigentliche Basis der Bremer Linksradikalen bildete die Werftarbeiterschaft. Die Ursache hierfür wird übereinstimmend in dem Verschmelzungsprozeß einer hochqualifizierten handwerklich strukturierten Facharbeiterschaft mit neu in den Arbeitsprozeß eingegliederten, unqualifizierten Arbeitern gesehen. Allerdings waren die Werftarbeiter in großem Maße von Konjunkturschwankungen abhängig und waren darum besonders auf die Schutzfunktion der Gewerkschaften mit ihren Unterstützungskassen angewiesen. Dies führte dazu, daß sie an den Gewerkschaften festhielten – auch wenn deren Führungsspitzen eine reformistische Politik vertraten und etwa in den Streiks von 1910 und 1913 aus der Sicht vieler Werftarbeiter eine abwieglerische Rolle gespielt hatten. Die Beharrungskraft der traditionellen Organisationen war offenbar ein Grund dafür, daß die Werftarbeiter eben nicht zu putschistischen Aktionen in der Revolution neigten. Dies waren eher Männer, die offenbar nicht lange oder gar nicht in der Arbeiterbewegung verwurzelt waren, wie der zu kurzem Ruhm gelangte ehemalige Lehrer Jörn – er war verantwortlich für einen Putschversuch von Teilen des Soldatenrats Anfang Januar in Bremen und zog anschließend nach Wilhelmshaven, um auch hier die »Revolution weiterzutreiben«. Der Radikalisierungsprozeß in der Revolution, der sich in Bremen schneller als anderswo vollzog, glich einer Spirale, an der viele drehten, und die fast alle mitriß.

Diejenigen sozialdemokratischen Funktionäre, die sich in den Augen der Mehrheit der bremischen Arbeiterschaft durch ihre Einbindung in die Kriegsdeputationen diskreditiert hatten, wurden durch die Ausgrenzungsversuche gegenüber der SPD aus dem Arbeiterrat an die Seite des Bürgertums gedrängt. Dabei fühlten sie sich durch die Politik Eberts und Noskes bestärkt – ihre »Flucht« nach Verden zur Division Gerstenberg, ihre Teilnahme an der Besetzung Bremens erschien ihnen in einer ihnen eigenen Logik moralisch völlig legitim und politisch richtig. Die Anwendung von Gewalt war in ihren Augen allein Angelegenheit des Staates, das Ziel der SPD, die sich seit ihrer Gründung als Sprachrohr der gesamten Arbeiterklasse sah, war letztlich schon vor der Revolution, mit der Beteiligung der Partei an der Regierung des Prinzen Max von Baden, erreicht worden.

Die Unabhängigen und sogar Teile der Kommunisten wurden von dem Radikalisierungsprozeß selber überrascht – als ihnen deutlich wurde, daß das

Experiment Räterepublik gescheitert war, daß der erhoffte Ausstrahlungseffekt ausblieb, und schließlich daß auch von Hamburg, wo die Unabhängigen im Rat dominierten, eine tatkräftige, das heißt bewaffnete Unterstützung zur Verteidigung ausblieb, mußten sie in den Verhandlungen zugeben, daß die radikalisierten Massen sich ihrer Kontrolle entzogen hatten.

Das bremische Bürgertum erholte sich erstaunlich rasch von dem Schrecken des Umsturzes und versuchte, in bewährter hanseatischer Manier mit Arroganz, teilweise gespeist aus Unverständnis über die politische Bedeutung des Geschehens, Gelassenheit und Tatkraft, Terrain zu sichern und zurückzugewinnen.

Erst am Abend des 6. November, angesichts der demonstrierenden Massen, stimmte der Senat der Einführung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu und erklärte seine Bereitschaft, bei Neuwahlen in den Senat auch Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten zu berücksichtigen. Während sich auf der Verwaltungsebene Senat und Beamte durchaus den Erfordernissen der Zeit beugten und zur Kooperation bereit waren, entfaltete man außerhalb dieses Feldes sehr rasch eigene gegenrevolutionäre Aktivitäten: Bereits am 13. November konstituierte sich ein Bürgerausschuß.

In einem Aufruf erklärte er es als sein wichtigstes Ziel, »die volle Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen zu wahren.« In diesem Bürgerausschuß, der sich als Dachorganisation aller bürgerlichen Parteien und Organisationen verstand, waren die Vertreter des Senats ebenso zu finden wie die führenden Personen des Handelskapitals. In den ersten Wochen versuchte das Bürgertum, die heimkehrenden Soldaten als Bastion gegen den Arbeiter- und Soldatenrat zu gewinnen, und diese durch Bewirtungen und Einladungen zu Festivitäten auf ihre Seite zu ziehen. Als sich spätestens mit der Rückkehr des 75. Regiments zeigte, daß dies nicht gelang, wandte man sich direkt an die Reichsregierung und an die Heeresleitung. So unternahm der angesehene Kaufmann Ludwig Roselius, ein politisch äußerst schillernder Mann, eine Demarche bei Friedrich Ebert, den er aus dessen Bremer Zeit persönlich kannte. Die Agitation des Bürgerausschusses verknüpfte schon früh den Ruf nach Ruhe und Ordnung, verbunden mit dem Hinweis auf die Abhängigkeit vom Ausland, mit nationalen und nationalistischen Tönen. So wurde im programmatischen Aufruf Anfang Dezember der Anspruch auf Weltgeltung und Kolonialbesitz bekräftigt. Andere Teile des Bremer Bürgertums flüchteten sich in nebulöse Organisationen: So entstand in Bremen der Bund »Rettet die Ehre«, in dem der Domprediger gemeinsam mit prominenten Vertretern der Kaufmannschaft in einer Art moralisch-nationalistischer Wiederaufrüstung für die verlorene Welt des Wilhelminismus stritten – und so den Boden für Nationalismus und völkische Ideologie bereiteten.

Insgesamt scheint es, als habe das Bremer Bürgertum sich nach einer kurzen Phase von Irritation sehr schnell gesammelt. Jedenfalls demonstrierte es nach außen ein ungebrochenes Selbstbewußtsein. So beschrieb Theodor Spitta, Mitglied des Senats und später »Vater« beider Bremer Verfassungen von 1919 und

1947, die erste gemeinsame Sitzung von Arbeiterrat und Senat, in der die Senatoren aus der mangelnden politischen Erfahrung der Räte Nutzen zogen: »Die tatsächliche Macht lag bei den Radikalen. Aber was wir Senatsmitglieder im Zwölferausschuß vortragen oder verschweigen wollten, war unsere Sache«. Für Teile des liberalen Bürgertums erschien schließlich ein Bündnis mit den Mehrheitssozialdemokraten als »kleineres Übel« und zur Abwehr des Bolschewismus erstmalig akzeptabel.

Aus der Perspektive derjenigen, die diesem vor Selbstbewußtsein strotzenden Bremer Bürgertum die Macht abgetrotzt hatten, aber auf dessen Verwaltungs- und Regierungskompetenz angewiesen waren, war die Lage prekär: In den ersten Verhandlungen mit dem Senat zeigte sich dessen Überlegenheit. Die Senatorenriege trat als Einheit auf und spielte ihre ganze Kompetenz von langer Erfahrung im politischen Geschäft aus. Die Vertreter des Arbeiterrats waren in sich gespalten. Die wenigen, die über ein Mindestmaß an politischer Erfahrung verfügten, die Mehrheitssozialdemokraten, waren in der Minderheit im Rat und wurden von den Linksradikalen wegen ihrer Bereitschaft zur Kooperation kritisch beäugt. Und natürlich hatte sich auch in Bremen genügend Haß und Mißtrauen gegen die »Pfeffersäcke« angestaut: Die Umwerbungsversuche des Bürgertums bei den heimkehrenden Soldaten verunsicherten den eher gemäßigten Soldatenrat über alle Maßen und trugen zu dessen Radikalisierung bei.

Als die Versuche des Bremer Bürgertums, durch eigene Kraft den AuSR in seiner Macht zu beschneiden bzw. zu stürzen, erfolglos blieben, wandten sich im Gegenteil durch die Proklamation der Räterepublik zuspitzte, wandten sich die Bremer Bürger direkt an die Reichsregierung bzw. an die Heeresführung. So beklagte der Generaldirektor Heineken vom Norddeutschen Lloyd am Rande eines Gespräches, das Vertreter der Schifffahrt mit der Obersten Heeresleitung führten, die Zustände in Bremen. Caspari, der als Kommandant des Bremer Infanterieregiments 75 ihn begleitete, erreichte mit Hinweis auf die Bewaffnung der Bremer Arbeiter, daß »für eine außerhalb der Stadt aufzustellende Bremer Freiabteilung die Zuführung von Waffen und Munition nach Verden zugesichert wurde.«

#### Bremen und der Blick auf das heutige Niedersachsen

Im Bremer Umland, so zum Beispiel in den Kleinstädten Achim und Verden, blieb die Revolution, so scheint es aus heutiger Sicht, eher marginal. Zwar bildeten sich hier auch Arbeiter- Soldaten- und Bauernräte, zum Teil mit Hilfe der Bremer Sozialdemokraten, die Zustimmung fanden, oder Vertretern der Radikalen – deren Ausführungen eher abgelehnt wurden – doch traten mit Jahresende die Räte nicht mehr in Erscheinung – und sie hatten auch in der Kommunalpolitik kaum Spuren hinterlassen. Offenbar wurde in den ländlichen Gebieten die Macht der alten Führungseliten kaum angetastet, zumal der

Rat der Volksbeauftragten die Vorschläge der alten landwirtschaftlichen Organisationen aufgriff, statt ein Bündnis mit den Landarbeitern zu suchen. In Verden wurde die Division Gerstenberg und das Freikorps Caspari von der Bevölkerung gefeiert. Zahlreiche Verdener stellten sich ihm zur Verfügung, ebenso wie Bremer Bürger, die per Schlitten über zugefrorene Gewässer die Stadt erreichten. Und die inhaftierten Mitglieder der Bremer Räteregierung wurden aus Sicherheitsgründen ins Gefängnis von Verden verbracht.

Überhaupt verlief die Revolution im Raum des heutigen Niedersachsens, sieht man einmal von der Küstenregion mit den Städten Cuxhaven und Wilhelmshaven und von Braunschweig ab, eher in gemäßigten Bahnen. In Hannover konnte die MSPD ihre Dominanz während der gesamten Monate der Existenz des Rates sichern. Den Gegenpol hierzu stellte Braunschweig dar, eine der wenigen Städte, in denen die Unabhängigen die Macht innehatten – und bis zum Schluß behielten. Auch in Braunschweig war es den Linken bereits im Krieg gelungen, das Parteiblatt zu erobern und somit eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Ihre Führer hatten sich an die Spitze der Antikriegs- und Streikbewegung gesetzt, woraus das Prestige des Arbeiterrats in Braunschweig resultierte. Anders jedoch als in Bremen dominierten die Unabhängigen auch alle etwaigen linksradikalen oder kommunistischen Strömungen – die KPD wurde hier erst im April 1919 gegründet – und der Arbeiter- und Soldatenrat stand fest auf dem Boden einer parlamentarischen Republik. Die Verschärfung der allgemeinen Lage im Januar 1919 führte auch in Braunschweig zu einer Radikalisierung, die sich in spontanen Demonstrationen und Streiks Luft machte. Zugleich jedoch wurden in den Koalitionsvereinbarungen zwischen MSPD und USPD zur Bildung der Landesregierung die Rechte des Arbeiterrats immer mehr beschnitten, und neben den Räten und der Regierung bildete sich ein drittes Entscheidungszentrum, das der Vertrauensmänner und Betriebsvertretungen, die sich immer mehr radikalisierten. Endlich wirkte die Streikbewegung im Ruhrgebiet und die Ausrufung der Münchener Räterepublik am 6. April wie ein Signal: Am 9. April 1919 wurde in Braunschweig der Generalstreik beschlossen. Die Besetzung der Stadt durch Reichswehrtruppen am 17. April erfolgte ohne Gegenwehr, nachdem am 15. April bereits der Abbruch des Streiks beschlossen worden war. In Braunschweig zeigte sich damit deutlicher als in Bremen, daß einerseits die Rätebewegung vom November und Dezember 1918 sehr wohl mit der Errichtung einer parlamentarischen Demokratie zu vereinbaren gewesen wäre, zum anderen selbst bei einer zunächst äußerst disziplinierten Massenbewegung Enttäuschung und Empörung über den Verlauf der Revolution so groß waren, daß diese sich radikalisierte.

Typischer für den Raum aber sind Städte wie Oldenburg, Hildesheim, Celle oder Göttingen mit einer eher mittelständischen Industrie. In den handwerklich strukturierten Betrieben hatte der Reformismus – trotz gelegentlicher verbal-radikaler Äußerungen – die Erfahrungen der sozialdemokratischen

# Aufruf!

Die Vier-Kommission, als ausführendes Organ des Arbeiter- und Soldatenrats der Nordseestation und aller ihm unterliegenden Landestricke und Julein-Verträge, sowie ganz Oldenburgs und der gesamten Flotte hat in einer gestern Nacht stattgefundenen Sitzung folgendes rechtskräftig beschlossen:

## Der Großherzog von Oldenburg ist abgesetzt!

Die oben angeführten Landestricke und Marine-Formationen erklären ihren juristischen Gehorsam zu einer sozialistischen Republik. Dieser Zustand ist ein vorläufiger, bis der zur Zeit die ganze Welt beherrschende Gehirne des Sozialismus in Deutschland die Grundlagen einer freien, einheitlichen Staatsform geschaffen haben wird. Sämtliche Verwaltungsgestalten bleiben bestehen wie bisher und haben alle Beamten auf ihren Posten zu beharren.

Als Präsident dieser sozialistischen republikanischen Einheit ist der Genosse K. A. H. A. einstimmig gewählt worden.

Da die Bevölkerung ersucht der Aufruf, mit dem beizutreten, daß Ordnung und Ruhe weiter herrscht und keine Störung im Verkehrs- und Verwaltungswesen eintritt.

Sozialistische Republik der Freiheit, Gleichheit, Recht und Gerechtigkeit!

Der Vier-Rat.

Dem Aufruf des Vier-Rats der Nordseestation vom 10. November 1918 folgte die Abdankung des Großherzogs Friedrich August von Oldenburg am Tage darauf.

Braunschweig, den 4. November 1918.

Ich, Prinz August, Herzog von Braunschweig und Oldenburg, erkläre:  
dass ich für mich und meine Nachkommen auf den Thron verzichte, und die Regierung in die Hände der Arbeiter und Soldaten übergebe.

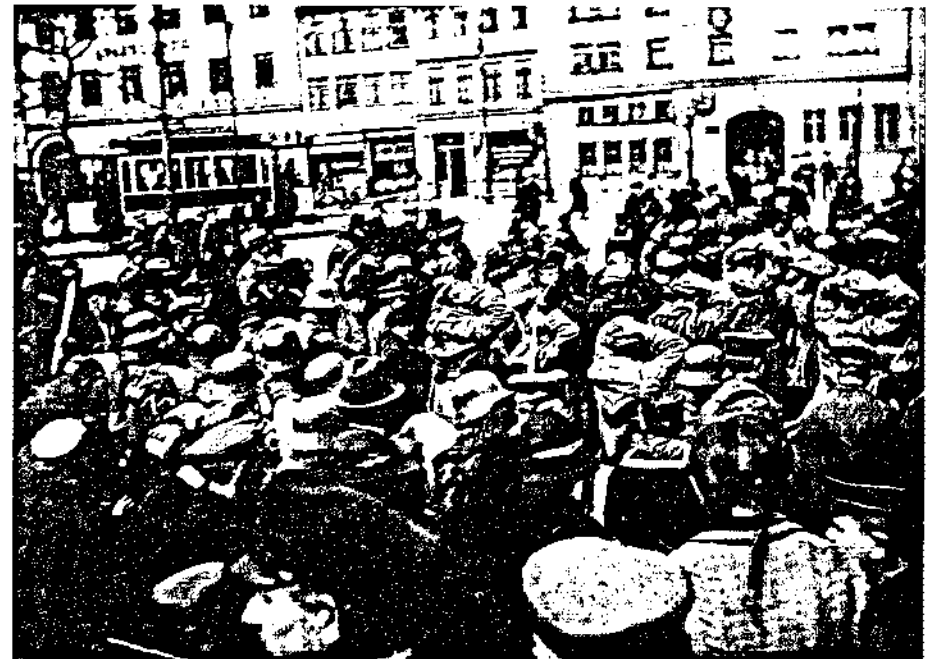
ABRIEFEN: SOLDATEN-UND  
BRAUNSCHWEIG

*Prinz August*  
*Prinz August*  
an Jürgen - Offizier in Hamburg  
Bremen, 01.11.1918  
Auftrag  
Ludwig  
H. Paul  
Joh. Brügg  
v. G. m.

Auch in Braunschweig mußte der Herzog abdanken.



Die Maercker-Truppen in Braunschweig (April 1919).



Gefangene »Spartakisten«  
auf dem Braunschweiger Hagenmarkt (17. April 1919).

Mitglieder bestimmt. Dies änderte sich auch während des Krieges kaum: die Stadtväter und die militärischen Autoritäten blieben auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen mehr oder weniger glaubwürdig. Für die Sozialdemokraten schien die Revolution eine Chance zu bieten, nunmehr in gleichberechtigter Weise gemeinsam mit den alten Eliten die Geschicke der Stadt zu bestimmen – und damit erschöpfte sich ihr Revolutionsverständnis. Diese Auffassung aber scheint von der Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Städten akzeptiert und getragen worden zu sein.

In Bremen, wie in anderen Industriestädten, wo der Differenzierungsprozeß in der Arbeiterbewegung bereits sichtbar war, boten auch die verschiedenen Interpretationsangebote der Revolution und des Sozialismus eine Projektionsfläche von Wünschen und Hoffnungen, die mit konkreten Erfahrungen im Krieg, sowohl an der Front wie in der Rüstungsproduktion und den Alltagserfahrungen der Familien, der katastrophalen Lebensmittelversorgung, den Erfahrungen von Schikanen und Ungerechtigkeiten gefüllt wurden. Für viele ging die Rechnung vor allem des Funktionärskorps der MSPD – der Weg zum Sozialismus sei gleich der Beteiligung der Partei an der Regierung – nicht auf: dieser »Rest« aber war ein nicht klar definiertes politisches Programm, sondern eine emotional hoch aufgeladene Gemengelage von politischen Vorstellungen, die sich zum Teil an der russischen Revolution, und zwar eher an einem Mythos, weniger am Wissen über deren Verlauf, an Sehnsüchten und Hoffnungen orientierte, aber auch aus Gefühlen wie Rache – an den Unternehmern, an den Sozialdemokraten – zusammensetzte. Der Radikalisierungsprozeß der Revolution, von einer Phase, die auf eine parlamentarische, soziale Demokratie abzielte, zu einer antiparlamentarischen, gewalttätigen, war in Bremen im Zeitraffer erfolgt.

#### Die Revolution in der Geschichte Bremens

Nach der Niederschlagung der Räterepublik amtierte bis zum 10. April 1919 eine nur aus Mehrheitssozialdemokraten zusammengesetzte Provisorische Regierung, etabliert vom Militär und beraten vom alten Senat. Zwar gründete sich als Gegengewicht in den Großbetrieben der sogenannte 21er Ausschuß – und zwar aus Mitgliedern von SPD, USPD und KPD –, und ein von ihm organisierter Generalstreik am 6. März konnte immerhin die Freilassung der meisten gefangenen Arbeiter und Soldaten, die für die Republik gekämpft hatten, durchsetzen. Doch der Generalstreik für die Aufhebung des Belagerungszustandes, als »Stacheldrahtostern« in die Bremer Geschichte eingegangen, wurde mit einem Abwehrstreik des Bürgertums und der Regierung beantwortet. Alle städtischen Einrichtungen wurden geschlossen: nach zwei Tagen brach am 15. April der Streik zusammen.

Das Ergebnis der Wahlen zur Bremer Nationalversammlung am 9. März 1919 hatte zwar eine knappe Mehrheit für alle drei Parteien der Arbeiterbewe-

gung gebracht (SPD 32,8 %, USPD 19,2 %, KPD 7,7 %, gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung vom Januar hatte die SPD verloren, die Unabhängigen gewonnen), doch waren die Gräben zu tief für die Bildung einer Arbeiterregierung. Die SPD votierte für eine Koalition mit dem Bürgertum. Einen Monat später trat der Koalitionssenat von DDP, DVP und SPD zusammen. Bei den Reichstagswahlen von 1920 verlor die MSPD fast die Hälfte ihrer Wähler vom Januar 1919, die USPD konnte ihren Stimmenanteil von 7,6 % auf 18 % steigern. Dieses Ergebnis wurde durch die Bürgerschaftswahl im Sommer noch bestätigt, durch die die USPD zur stärksten Kraft der bremischen Arbeiterbewegung wurde.

1922 allerdings kehrte die Mehrheit der Bremer Unabhängigen, wie allgemein im Reich, in die SPD zurück, was in Bremen eine enorme personelle und qualitative Stärkung der Sozialdemokratie bedeutete, jedoch nicht zu einem Linksruck der Partei führte.

Die Erinnerung an die Revolution aber blieb in Bremen schmerzhaft und umstritten. Im Bürgertum begründete sie die Angst vor Bolschewismus und Kommunismus bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in der die Gründung der »Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus« Ängste vor einer Neuaufgabe der Räterepublik wachrief.

Für die SPD in Bremen blieb, wie für die Gesamt-SPD, das Bild zwiespältig: Ihre Hoffnungen auf Übernahme der Regierung wurden getäuscht, erst 1928 kam es wieder zu einem Koalitionssenat. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse hatten sich nicht so zu ihren Gunsten verschoben, wie sie erhofft und erwartet hatten. Für die Kommunisten gründete sich in den Erfahrungen der Niederschlagung der Räterepublik das Bild vom Verrat der Sozialdemokratie: Schließlich waren ihre Führer unter dem Schutz der Truppen nach Bremen zurückgekehrt.

Bis heute ist in Bremen die Revolutionsgeschichte bei einem Stadtrundgang sinnlich erfahrbar: In den Wallanlagen, direkt in der Innenstadt, ist schon von weitem das Denkmal für die gefallenen Soldaten und Freikorpsangehörigen zu sehen, ein Rondell auf einem Hügel hinter der Kunsthalle, und wenige Meter davon entfernt eine Bronzestatue, ein Jüngling zu Ehren der Kämpfer der Division Gerstenberg, seit einigen Jahren allerdings konterkariert durch ein Denkmal zur Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten in Lidice. Und bis heute findet jedes Jahr auf dem Friedhof im Arbeiterviertel Walle ein gemeinsames Gedenken von Sozialdemokraten sowie ehemaliger und »noch«-Kommunisten zu Ehren der dort bestatteten 29 gefallenen Arbeiter statt. Bei der Beerdigung im Februar 1919 hatte der sozialdemokratische Redner Hermann Rhein, Mitglied der provisorischen Regierung Bremens, seine Rede angesichts der abweisenden und drohenden Haltung der Anwesenden nicht zu Ende geführt. 1922 war dort ein von Bernd Hoetger geschaffenes Denkmal errichtet worden, das 1933 von den Nationalsozialisten zerstört wurde.



## Bildquellennachweise

Verwiesen wird auf die Seitenzahlen bzw. die Nummern der Farbtafeln (mit »Taf.«). Mehrfachnennungen kommen vor.

### zu »Früh- und Hochmittelalter«

#### I. Archive, Bibliotheken, Museen und andere Institutionen

Berlin, Staatliche Museen Preussischer Kulturbesitz (Kunstgewerbemuseum) Taf. 52 u. 6 — Berlin, Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz (Ms. theol. lat. fol. 323 Bl. 17r): 26 — Braunschweig, Herzog Anton Ulrich Museum: 103 (MA 64/65) u. 140 — Braunschweig, Landesmuseum: 42 — Braunschweig, Städtisches Museum (Münzkabinett 2196/308): 129 — Bremen, Staats- und Universitätsbibliothek (Ms. a. 33): 157 — Bremen, Der Landesarchäologe der Freien Hansestadt: 23 u. 31 — Bremerhaven, Deutsches Schifffahrtsmuseum: 30 — Fischbeck, Stift: Taf. 1 — Goslar, Städt. Museum: 139 — Hannover, Niedersächsisches Münzkabinett der Deutschen Bank (Inv.-Nr. 01-024-004): 105 — Hannover, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege: 116 — Hildesheim, Diözesanmuseum: Taf. 5b, 43 (Domschatz Nr. DS 18) — Hildesheim, Kirchliche Denkmalpflege: Taf. 3, 66 — Hornburg, Stadtverwaltung: 111 — Loccum, Kloster: 153 — Lüneburg, Deutsches Salzmuseum: 37 — Lüneburg, Museum für das Fürstentum Lüneburg: 69 — Münster, Westfälisches Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte (Münzkabinett Nr. 6025/40; 6412/33; 8823/5; 7402/4): 21, 29, 52 u. 53 — New York, Metropolitan Museum of Art (Inv. 41.100.157): 49 — Oldenburg, Niedersächsisches Staatsarchiv (Siegelbuch von Leverkusen): 165 — Oldenburg, Staatliches Museum für Naturkunde und Vorgeschichte: 77 u. 149 — Utrecht (Niederlande), Gemeentelijke Archief: 19 — Verden, Stadtarchiv: Taf. 4 — Walsrode, Ev. Kloster: 86 — Wienhausen, Kloster: Taf. 7 — Wolfenbüttel, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel (6 Urk. 11; 25 Urk. 2 und 7 Urk. 15, Fotos: H. P. Keiser; K 13343, Foto: Hoppe) 57, 95, 136 u. 117.

#### II. Privatpersonen

Hofmeister, A. E. (Bremen): 161 — Hornburg, Verlag Carl Küster & Sohn: Taf. 2 — Hucker, B. U. (Vechta): 33 (Zeichnung W. Fangmann), 115, 125, 140 (Foto H.-P. Keiser) u. 168 — Preine, Th. (Vechta): 51 u. 81 — Rötting, H. (Wolfenbüttel): 63, 67, 100/101 u. 120 (Modellbau B. Steinmeyer/S. Siegel, Hannover), 121 — Trillmich, W.: 71 — Ziegler, H. (Nienburg, nach Priv.-Besitz): Taf. 8.

#### III. Druckwerke

A. von Behr und U. Hölscher, Stadt Goslar (Die Kunstdenkmale der Provinz Hannover II, 1/2), Hannover 1901: 73 — Kurt Brüning, Der Landkreis Schaumburg-Lippe (Die Landkreise in Niedersachsens 12), Bremen-Horn 1955: 82 — Handbuch der Historischen Stätten II. Niedersachsen und Bremen, 5. verb. Aufl., Stuttgart 1986: 18 — Johann Heinrich Jung, Lipsanographia ..., Hannover 1783, Tab. V: 45 — Johann Ludolph Lyssmann, Historische Nachricht von dem Ursprunge, Anwachs und Schicksalen ... des ... Closters Meding, Halle 1772, Taf. 3/4: 147 — Mit dem Spaten in die Vergangenheit. 5000 Jahre Siedlung und Wirtschaft im Elbe-Weser-Dreieck, Wilhelmshaven 1982: 25 — Gerd Spies (Hrsg.), Der Braunschweiger Löwe (Braunschweiger Werkstücke 62), Braunschweig 1985: 107 — Ludwig Stacke, Deutsche Geschichte, Bd. 1, Bielefeld u. Leipzig 1896: 48, 59 u. 87 — Sigfrid H. Steinberg und Christine Steinberg-von Pape, Die Bildnisse geistlicher und weltlicher Fürsten und Herren Bd. 1, Leipzig u. Berlin 1931: 119 — Robert von Toll, Siegel und Münzen (Est- und Livländische Brieflade, 4. Theil), Reval 1887, Taf. 12 Figur 1: 131 — Ernst Witt, Die Heidhofer Kapelle (Rotenburger Schriften H. 19), Rotenburg/Wümme 1970: 41.

### zu »Spätmittelalter und Frühe Neuzeit« und »Niedersachsen vom Ende des Alten Reichs bis zum Ersten Weltkrieg«

#### I. Archive, Bibliotheken, Museen und andere Institutionen

Berlin, Staatliche Museen, Kunstgewerbemuseum – Preussischer Kulturbesitz: 313 — Berlin, Staatsbibliothek – Preussischer Kulturbesitz, Kartenabteilung (Sign.: Kart. N 26 593/20): 321 — Braunschweig,

Herzog Anton Ulrich-Museum (Aufnahme: B. P. Keiser): 315 — Bovenden, Plesse-Archiv: 178 — Braunschweig, Landesmuseum: 188, 199, 203, 244, 253, 283, 285, 343, 345, 493 — Cloppenburg, Niedersächsisches Freilichtmuseum: 323, 325, 485 — Gandersheim, Stiftskirche (Aufnahme: Jutta Brüdern, Braunschweig): 181 — Göttingen, Kirchenkreisarchiv: 289 — Göttingen, Stadtarchiv: 225, 231 — Göttingen, Universitätsarchiv: 444, 445, 454 — Hameln, Städtisches Museum (Aufnahme: Rudi Günther): 473, 477 — Hann. Münden, Städtisches Museum (Aufnahme: Christine Scholz, Hann. Münden): 315 — Hannover, Historisches Museum: 196, 197, 202, 212, 213, 215, 257, 259, 316, 317, 320, 355, 379, 388, 389, 393, 394, 399, 401, 402, 426, 429, 435, 437, 478, 487, 489, 491, 492 — Oldenburg, Landesmuseum (Aufnahmen: H. R. Wacker): 267, 300, 463 — Osnabrück, Kulturgeschichtliches Museum: 316 — Osterode am Harz, Stadtarchiv: 443 — Stockholm, Nationalmuseum SKM: 314 — Suderburg-Hösseringen, Landwirtschaftsmuseum Lüneburger Heide am Landtagsplatz zu Hösseringen e.V. – Museumsdorf Hösseringen: 241.

#### II. Privatpersonen

Dr. Peter Aufgebauer, Göttingen: 222 — Georg Ferdinand Jhering, Hannover: 367 — Stephan Kemperdick, Berlin: 172 — Jürgen Freiherr von König, Vienenburg: 246, 247 — Erhard Kuhlhorn (†), Göttingen: 190 — Oswald Graf zu Münster, Karlsruhe: 317 — Dr. Christof Römer, Braunschweig: 177, 273 — Studiensammlung Wolff, Göttingen: 318.

#### III. Druckwerke

Altertümer der Stadt und des Landes Braunschweig, Braunschweig 1841-1852: 254 — Dietrich Denekke, Methodische Untersuchungen zur historisch geographischen Wegeforschung im Raum zwischen Solling und Harz (Göttinger geographische Abhandlungen 54), Göttingen 1969: 173, 175 — G. O. Carl von Estorff, Heidnische Altertümer der Gegend von Uelzen im ehemaligen Bardengau (Königreich Hannover), Hannover 1846: 240 — F. W. von Halem, Beschreibung der zum Fürstentum Ostfriesland gehörigen Insel Norderey und ihrer Seebade-Anstalten, Bremen 1815: 407 — Helmut Jäger, Zur Methodik der genetischen Kulturlandschaftsforschung. Zugleich ein Bericht über eine Exkursion zur Wüstung Leisenberg, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 30 (1963), S. 158-196: 193 — Heiko Leerhoff, Niedersachsen in alten Karten. Eine Auswahl von Karten des 16. bis 18. Jahrhunderts aus den niedersächsischen Staatsarchiven, Neumünster 1985 (Karte Nr. 14: Das Rhumetal zwischen Katlenburg und Elvershausen, östlich von Northeim; um 1649): Schutzumschlag — Gottfried Wilhelm Leibniz, Johann Georg Eccard, Johann Daniel Gruber, Christian Ludwig Scheid (Bearbb.), Origines Guelficae, Bd. 1, Hannover 1750: 301 — Alfred Martin, Deutsches Badewesen in vergangenen Tagen, Jena 1906: 408 — Michael Scholz, »Vom Schott bey Hösering«. Die Lüneburger Landstände und ihr Landtagsplatz (Landwirtschaftsmuseum Lüneburger Heide, Materialien zum Museumsbesuch 18), Uelzen 1993: 241 — Siegfried Wrase, Die Anfänge der Verkoppelungen im Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover (Veröffentlichungen des Instituts für Historische Landesforschung der Universität Göttingen 5), Hildesheim 1973: 385.

### zu »Niedersachsen im 20. Jahrhundert«

#### I. Archive

Braunschweig, Stadtarchiv: 524 (unten), 525 (beide), 550, 562, 585 — Bremen, Focke-Museum: 515 — Göttingen, Historisches Museum: 560, 561, 624, 625 (oben) — Göttingen, Stadtarchiv: 645 — Goslar, Stadtarchiv: 573, 575, 576 — Hannover, Stadtarchiv: 640 (oben), 641 (beide) — Hannover, Landtagsarchiv: 663 (o.r., m.r., u.l., u.r.) — Hannover, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv: 610 (beide), 611, 614 (oben), 615 — Hannover, Historisches Museum: 504, 505, 531, 532, 533, 534, 537, 538, 604, 607, 614 (unten), 617 (oben), 640 (unten), 657 — Hannover, DRK Landesverband: 625 (unten) — Niedersächsisches Landesinstitut für Medienpädagogik (Landesbildarchiv): 592, 653 (beide), 663 (o.l., m.l.) — Salzgitter, Stadtarchiv: 599, 617 (unten) — Stiftung Automuseum VW: 593 — Wilhelmshaven, Stadtarchiv: 524 (oben).

#### II. Druckwerke

Bergen-Belsen, Begleitheft zur Ausstellung, hrsg. v. d. Niedersächsischen Landeszentrale für polit. Bildung, Hannover 1990: 603 — Not und Hilfe: Das Problem der Vertriebenen und Flüchtlinge in Niedersachsen (Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem, H. 4), Hannover 1954: 507, 621, 622, 629.